



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Sicher durch den Winter. Dritten Lockdown vermeiden II – Nachbarschaftshilfen in den Kommunen fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die nachbarschaftliche Unterstützung von ambulant versorgten Risikogruppen in den Kommunen durch ein Förderprogramm besonders zu unterstützen. Den Kommunen soll hierzu unbürokratisch pro Einwohner 1 Euro zur Verfügung gestellt werden. Das Geld muss zweckgebunden zur Initiierung sowie Unterstützung von ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfen in der Corona-Krise verwendet werden. Binnen eines Jahres muss ein Bericht der Kommunen über die Verwendung der Mittel an den Freistaat erfolgen. Eine wissenschaftliche Auswertung des Berichts ist dem Landtag vorzulegen.

Begründung:

Das Coronavirus stellt besonders für vulnerable Gruppen wie Ältere oder Menschen mit Vorerkrankungen eine große gesundheitliche Bedrohung dar. Um diese Personengruppen bestmöglich zu schützen, ist es sinnvoll, diese beim Vermeiden von Kontakten in der Öffentlichkeit bestmöglich zu unterstützen. Sei es durch das Erledigen von Einkäufen, durch Botengänge zur Post oder die Bereitstellung von Begegnungsstätten unter speziellen Hygieneauflagen, um soziale Isolation zu vermeiden. Durch ehrenamtliche Nachbarschaftshilfen kann die Gefahr einer Infektion für Risikogruppen deutlich gesenkt werden, ohne die Betroffenen sozial auszugrenzen. Darüber hinaus kann durch die Initiierung von nachbarschaftlichen Hilfsstrukturen auch über die Pandemie hinaus eine soziale Infrastruktur im Quartier vor Ort etabliert werden, die wiederum Nährboden für weiteres bürgerschaftliches Engagement bei der Pflege und Betreuung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern darstellen könnte. Eine unbürokratische Auszahlung der Gelder ist aufgrund des zeitlichen Faktors unabdingbar, aber auch im Sinne eines schlanken Staates erstrebenswert. Die Erkenntnisse aus den zu erstellenden Berichten sind darüber hinaus ein wertvoller Rohstoff für die Sozialforschung in unserem Land, die es sorgfältig auszuwerten gilt.